

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Fachkräftemangel und Inflation: Fatale Fehldiagnosen](#)
2. [Ärmere Alleinlebende von Teuerung erneut am stärksten belastet](#)
3. [Nach Corona-Pandemie massive Probleme bei Schulanfängern in MV](#)
4. [«Seit Kriegsbeginn zahlt die Ukraine einen hohen Blutzoll»](#)
5. [Ukraine: Der Krieg dauert an, die Opferzahlen steigen, Waffen werden geliefert und kein Ende ist in Sicht](#)
6. [Bidens Lieblingsfalke fordert ein Blutvergießen ohne Ende](#)
7. [Wem nützt es? Ein Sachstand zum Bruch des Kachowka-Staudamms.](#)
8. [Finanzierungskrise des Welternährungsprogramms](#)
9. [Arbeitsverweigerung: Bundespolitik und Klimaschutz](#)
10. [Das grüne Märchen](#)
11. [EU-Renaturierungsgesetz verschoben: Green Deal der EU wankt](#)
12. [So stolz](#)
13. [Die Glotze bleibt aus - Warum die Deutschen das Vertrauen in ihre Medien verlieren](#)
14. [Veranstaltungshinweis: Kamingsgespräch](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Fachkräftemangel und Inflation: Fatale Fehldiagnosen**

Wie sich eine Gesellschaft selbst belügt und warum die EZB-Spitze und die deutsche Einwanderungspolitik völlig daneben liegen. Der Kern der dahinterstehenden Interessen, der kaum angesprochen wird.

Manchmal kann man an einer ganz einfachen Aussage schlagartig erkennen, wie sich eine Gesellschaft selbst belügt, um unangenehmen Zusammenhängen aus dem Weg zu

gehen. So ist es mit der Inflation – und so ist es mit der Arbeitslosigkeit. Ein Jahr mit hohen Preissteigerungen, üblicherweise “Inflation” genannt, hat die Gesellschaft und die Politik zum Beben gebracht, vierzig Jahre Arbeitslosigkeit dagegen werden einfach zur Seite geschoben, weil sie nicht ins eigene Weltbild passen.

Das Mitglied im Direktorium der EZB, Isabel Schnabel, hat in einem bemerkenswerten Interview einen tiefen Einblick in ihr ökonomisches Weltbild geboten (Friederike Spiecker hat das ausführlich hier besprochen).

Das Ergebnis ist schockierend. Frau Schnabel verteidigt nicht nur die völlig gescheiterte Lehre des sogenannten Monetarismus, auch ihr Geschichtsbild in Sachen Arbeitslosigkeit zeichnet sich durch große Unkenntnis aus. Beides ist fatal, weil die Irrlehren, die man aus der Geschichte zieht, häufig unmittelbar die Fehler erklären, die man in der Gegenwart macht.

Quelle: [Heiner Flassbeck auf Telepolis](#)

2. **Ärmere Alleinlebende von Teuerung erneut am stärksten belastet**

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Mai spürbar gesunken, war mit 6,1 Prozent aber immer noch sehr hoch. Deutlich überdurchschnittlich von der Teuerung belastet sind weiterhin Alleinlebende mit niedrigen Einkommen. Sie hatten im Mai eine Inflationsrate von 6,9 Prozent zu tragen, die höchste im Vergleich verschiedener Haushaltstypen. Dagegen verzeichneten Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen eine Teuerungsrate von 5,4 Prozent – und wie schon seit Anfang 2022 die niedrigste haushaltsspezifische Belastung. Die soziale Spreizung bei der Inflation betrug damit 1,5 Prozentpunkte, nachdem es im April 1,9 Prozentpunkte waren. Dass ärmere Haushalte besonders stark durch die Inflation belastet sind, liegt daran, dass Nahrungsmittel und Haushaltsenergie in ihren Warenkörben ein sehr hohes Gewicht haben. Diese Güter des Grundbedarfs sind nach wie vor die stärksten Preistreiber: Im Mai war ihr Beitrag zur allgemeinen Inflation noch sieben Mal (bei Nahrungsmitteln) beziehungsweise neunmal (Haushaltsenergie) so groß wie im langjährigen Mittel. Im Vergleich der letzten Monate hat die Preisdynamik bei Nahrungsmitteln und Haushaltsenergie aber nachgelassen, weshalb die haushaltsspezifischen Raten nun weniger weit auseinanderliegen als zuvor. Das ergibt der neue IMK Inflationsmonitor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

3. **Nach Corona-Pandemie massive Probleme bei Schulanfängern in MV**

So wurden bereits Auffälligkeiten wie eine eingeschränkte Motorik, verzögerte Sprachentwicklung oder erhöhtes Körpergewicht festgestellt. „Vieles kann auf Einschränkungen während der Corona-Pandemie zurückgeführt werden“, sagt Steffen

Büchner, stellvertretender Vorsitzender des MV-Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte e.V. Durch den vorübergehenden Wegfall des Breitensports hätten sich Kinder beispielsweise weniger bewegt. Einige seien nach der Pandemie nicht wieder zum Sport zurückgekehrt. Was Kinder in der Kita lernen, könne zudem nicht immer zu hundert Prozent durch die Eltern vermittelt werden. „Kinder lernen viel von Gleichaltrigen“, sagt der Kinderarzt aus Güstrow. Das dürfe man nicht unterschätzen. Allerdings seien die Einschränkungen der Pandemie längst nicht der einzige Grund für Auffälligkeiten. Dass Kindern heute zum Beispiel schwerer fällt, einen Stift zu halten, zu schreiben oder etwas zu basteln, hänge unter anderem mit der heutigen Mediennutzung und Betreuung der Kinder zusammen. Schon kleine Kinder werden laut Büchner zu oft mit dem Smartphone oder Tablet allein gelassen. Auf dem Spielplatz würden Eltern immer häufiger mit dem Smartphone an der Seite stehen, anstatt sich aktiv mit dem Kind zu beschäftigen. Sogar die steigenden Lebensmittelpreise hätten Folgen für die kindliche Entwicklung. Insbesondere sozial schwache Familien würden noch öfter zu günstigen, fleisch- und fetthaltigen Produkten greifen. Die Zahl dicker Kinder nehme zu. Das Gewicht von dicken Kindern sei zudem oft höher als früher.

Quelle: [Nordkurier](#)

4. «**Seit Kriegsbeginn zahlt die Ukraine einen hohen Blutzoll**»

Zeitgeschehen im Fokus: In einem Gastkommentar der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ) traf der amerikanische Neocon, Eliot Cohen, folgende Aussage: «Die Ukraine muss bei ihren bevorstehenden Gegenoffensiven nicht nur Erfolge auf dem Schlachtfeld erzielen, sie muss auch weit mehr als einen geordneten Rückzug der Russen nach Waffenstillstandsverhandlungen zustande bringen. Brutal ausgedrückt: Sie muss es schaffen, dass russische Soldaten massenhaft fliehen, desertieren, Offiziere erschiessen, gefangen genommen werden oder umkommen. Die russische Niederlage muss in ein unmissverständlich grosses, blutiges Durcheinander münden.» Was ist von dieser Einschätzung zu halten? Ist ein solches Szenario denkbar? General a. D. Harald Kujat: Nein, das ist bei allem Verständnis für Emotionen in einem Angriffskrieg wie diesem fern jeglicher Realität. Es wird oft darauf hingewiesen, dass Russland in seiner Geschichte sehr viele Kriege und Krisen überstanden hat. Die historische Erfahrung, oft angegriffen worden zu sein, sei nach wie vor tief im Bewusstsein der Menschen verankert. Das ist die eine Seite der Medaille. Für die andere Seite sei nur der sowjetisch-finnische Krieg und der Expansionismus der Sowjetunion und das Schicksal der baltischen Staaten genannt, die nach wenigen Jahren der Freiheit wieder unter sowjetische Herrschaft kamen. Das heutige Russland ist nicht die Sowjetunion. Allerdings ist die russische Aussen- und Sicherheitspolitik noch immer von den historischen Erfahrungen geprägt. Der zweite wichtige Aspekt ist

die geostrategische Lage Russlands, die entscheidend für das aussen- und sicherheitspolitische Gefährdungskalkül ist. Die USA, der geopolitische Rivale, sind von zwei Weltmeeren umgeben, dem Nordatlantik und dem Pazifik. Der nördliche Nachbar, Kanada, ist ein enger Alliiertes, Mexiko im Süden ein befreundeter Staat. Russland mit seiner gewaltigen Landmasse, die sich über 11 Zeitzonen erstreckt, ist von vielen Staaten umgeben, nicht nur von befreundeten, sondern von Staaten, mit denen es im Verlauf der Geschichte oft Probleme gab. Russland ist weder bereit, seine Geschichte abzustreifen, noch kann es seiner geostrategischen Lage entkommen. [...] Das Problem besteht darin, dass eine ganzheitliche Strategie des Westens zur Beendigung des Krieges bisher nicht erkennbar ist. Die westliche Politik besteht lediglich aus der finanziellen, materiellen und militärischen Unterstützung der Ukraine, damit diese den Krieg fortsetzen kann. Es geht nicht um das Ganze, um eine Gesamtstrategie, in der alle relevanten Aspekte im Sinne einer politischen Synergie zusammenwirken. Das heisst, dass neben der Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung immer auch bedacht wird, dass der Krieg politische Ursachen hat und zu einem politischen Ergebnis führen wird. Eine politische Lösung, die der Ukraine Sicherheit und Stabilität in einer europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur gewährleistet und einen weiteren Krieg verhindert, kann nur durch Verhandlungen mit Russland erzielt werden.

Quelle: [Zeitgeschehen im Fokus](#)

5. **Ukraine: Der Krieg dauert an, die Opferzahlen steigen, Waffen werden geliefert und kein Ende ist in Sicht**

«Unsere Waffen helfen, Menschenleben zu retten!»¹ Diesen Satz formulierte die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock am 22. September 2022 in einem Interview mit der «FAZ», um die Öffentlichkeit auf die Lieferung von Leopard 2 - Kampfpanzern in die Ukraine einzustimmen und dies als einen Akt der Humanität zu verkaufen. Der zu erwartende Aufschrei nach dieser Aussage blieb aus. Die Medien unterstützten sie, indem sie immer wieder schwere Waffen für die Ukraine forderten. Zwar hat die Aussage Baerbocks mit Menschlichkeit nicht das geringste zu tun. Gemäss ihrer Aussage braucht man Waffen und keine Samariter, um «Menschenleben zu retten.» So ganz neu ist das allerdings nicht, aber was Frau Baerbock vor einigen Monaten vom Stapel liess, kann ihr zumindest einen Eintrag in die Geschichtsbücher bescheren, als erste Aussenministerin Deutschlands Waffen zu Lebensrettern gemacht zu haben. Doch diese Absurdität ist bis zu diesem Zeitpunkt noch keinem in den Sinn gekommen.

Quelle: [Zeitgeschehen im Fokus](#)

6. **Bidens Lieblingsfalke fordert ein Blutvergiessen ohne Ende**

US-Außenminister Antony J. Blinken hat in einer Rede am 2. Juni in Helsinki Finnland

als neues Mitglied der NATO begrüßt. Als Berufsfalke, wenn es um Russland geht, übertraf er sich selbst in der Schärfe seines Engagements für den Ukraine-Krieg. Erneut wies er jegliches Gerede über einen Waffenstillstand zurück – etwas, das die zunehmend bedrängte ukrainische Armee und die ukrainische Bevölkerung dringend nötig hätten.

„Nun, in den kommenden Wochen und Monaten“, erklärte Blinken, „werden einige Länder einen Waffenstillstand fordern. Und oberflächlich betrachtet klingt das vernünftig, sogar verlockend. Denn wer will nicht, dass die Kriegsparteien ihre Waffen niederlegen? Wer will nicht, dass das Töten aufhört? Aber ein Waffenstillstand, der die derzeitigen Linien einfach einfriert und es Putin ermöglicht, die Kontrolle über das eroberte Gebiet zu festigen und sich dann auszuruhen, wieder aufzurüsten und erneut anzugreifen, das ist kein gerechter und dauerhafter Frieden. Es ist ein Potemkinscher Frieden. Er würde Russlands Landraub legitimieren. Er würde den Aggressor belohnen und das Opfer bestrafen.“

Kennt Amerikas Außenminister die historische Bedeutung und den Erfolg der internationalen Friedenstruppen nicht – oder will er sie nicht kennen? Ist ihm die Arbeit des Diplomaten Richard Holbrooke nicht bekannt, so umstritten dieser auch gewesen sein mag? Er verhandelte 1995 über ein Ende der mörderischen ethnischen Gewalt in Bosnien und Herzegowina zwischen Serben, Kroaten und Muslimen. Ihr gegenseitiger Hass war so intensiv wie die Gefühle, die jetzt unter den Bürgern und Militärs in der Ukraine gegenüber ihren russischen Gegnern schwelen.

Quelle: [Globalbridge](#)

7. Wem nützt es? Ein Sachstand zum Bruch des Kachowka-Staudamms.

Interessant ist, wie deutsche Medien auf den Fall reagierten. So legte die »Tagesschau« unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls die Fährte nach Rußland. Sie interviewte Christian Mölling, den Vizedirektor des steuerfinanzierten transatlantischen Thinktanks Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Mölling glaubt, die Sprengung zeige, wie wenig Handlungsspielraum Rußland militärisch noch bleibe. Rußland sei militärisch »ziemlich blank« und nicht mehr in der Lage, zu eskalieren. Dies ist angesichts der Tatsache, daß es sich bei Rußland um eine Atommacht handelt, eine grob irreführende Behauptung. Wenig später nachlegen durfte dann Carlo Masala, Politologe an der Universität der Bundeswehr in München.

Die manipulative Strategie, die die »Tagesschau« in diesem Zusammenhang anwendet, ist nicht neu. Schon beim Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines ließ sie unmittelbar darauf einen norwegischen Militärexperten zu Wort kommen, der behauptete, der einzig mögliche Akteur sei Rußland. Auch andere Medien lassen in diesem Zusammenhang jede journalistische Sorgfaltspflicht beiseite und deuten auf Rußland als verantwortlich für den Bruch des Staudamms. Die Berichterstattung zum Ukraine-Krieg ist von erschreckender Einseitigkeit und hat längst Propagandacharakter. Das Wasserkraftwerk von Kachowka ist das sechste und letzte Werk in einer Kaskade von insgesamt sechs Wasserkraftwerken entlang des Dnjepr. Der Bau wurde von der Sowjetunion in den 50er Jahren realisiert und diente der Energieversorgung, sollte aber auch den Süden und die Krim mit Süßwasser beliefern. Der Bau der Staudamm-Kaskade gilt als eine der großen Leistungen der Sowjetunion, die der Erhöhung des Lebensstandards dienen. Durch den Bruch des Staudamms ist der Nord-Krim-Kanal inzwischen von der Wasserversorgung abgeschnitten. Bereits nach der Eingliederung der Krim nach einem Referendum 2014 verhängte die Ukraine eine Wasserblockade und schnitt die Krim vom Zugang zu Süßwasser ab. Mit dem russischen Eingreifen in den Krieg in der Ukraine wurde diese Blockade aufgebrochen. Jetzt droht der Krim erneut Wasserknappheit.

Quelle: [Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek](#)

8. **Finanzierungskrise des Welternährungsprogramms**

Die Finanzierungskrise des UNO-Welternährungsprogramms bedeutet, dass die Hilfe für 2,5 Millionen der 5,5 Millionen Menschen in Syrien, die auf die Organisation angewiesen sind, gekürzt wird.

Die Nahrungsunsicherheit hat in den vergangenen Jahren unter dem Eindruck globaler Krisen weiter zugenommen. Nahezu 924 Millionen Menschen (11,7 Prozent der Weltbevölkerung) waren von schwerer Nahrungsunsicherheit betroffen.

Gleichzeitig ist es so, dass das Welternährungsprogramm (UN WFP) mit einer Finanzierungskrise konfrontiert ist, was die Lage für Teile der Weltbevölkerung weiter verschärft. Die UN-Nahrungsmittelagentur hat angekündigt, dass sie die Hilfe für Syrerinnen und Syrer, die aufgrund von Geldmangel auf Grundnahrungsmittelspenden angewiesen sind, um etwa die Hälfte kürzen wird. „Aljazeera News“ berichtet davon, dass das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen am Dienstag öffentlich machte, dass eine beispiellose Finanzierungskrise das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen dazu zwingt, in Syrien die Hilfe für 2,5 Millionen der 5,5 Millionen Menschen zu kürzen, die auf die Organisation angewiesen sind, um ihre Grundnahrungsmittel zu erhalten. Die Ankündigung erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Europäische Union darauf vorbereitet, am Mittwoch die siebte Brüsseler Konferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“ auszurichten. Das

Welternährungsprogramm erklärte, es habe diese Entscheidung „nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten“ getroffen und plane, seine „extrem begrenzten“ Ressourcen zu strecken, indem es „drei Millionen Syrerinnen und Syrer, die nicht in der Lage sind, von einer Woche zur nächsten ohne Nahrungsmittelhilfe zu überleben“, Priorität einräume. Nach zwölf Jahren Krieg und in Zeiten globaler Krisen spitzt sich die Lage weltweit zu und es zeigt sich die Barbarei des Kapitalismus. „Anstatt die Hilfe aufzustocken oder auch nur mit dem steigenden Bedarf Schritt zu halten, stehen wir vor dem düsteren Szenario, den Menschen die Hilfe gerade dann zu entziehen, wenn sie sie am meisten brauchen“, sagte Kenn Crossley, Vertreter des World Food Programme in Syrien.

Quelle: [Zeitung der Arbeit](#)

9. **Arbeitsverweigerung: Bundespolitik und Klimaschutz**

In Bonn, am Sitz des Sekretariats der UN-Klimaschutzkonvention, geht mal wieder eine Klimaverhandlungsrunde ohne greifbares Ergebnis zu Ende. Eigentlich hätte die nächste UN-Klimakonferenz vorbereitet werden sollen. Doch es ist mal wieder viel zu wenig, was da auf dem Tisch liegt. Immer noch. Und angesichts dessen, dass die Verhandlungen im Vorfeld der diesjährigen UN-Klimakonferenz von ihrem Gastgeber Sultan Ahmed Al Jaber, dem Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate, vorangetrieben werden sollen, ist wohl auch in diesem Jahr nicht viel zu erwarten. Wieder einmal nicht. Dass ausgerechnet die Vereinigten Emirate Druck für den schnellen Ausstieg aus dem Öl- und Gasgeschäft machen, wird wohl keiner ernsthaft annehmen, und auch die Bundesregierung hat mit ihren Flüssigerdgasterminals und ihren Einkaufstouren für (Blut-)Kohle in Kolumbien sowie Erdgas im Senegal und Katar sicherlich anderes im Sinn.

Im Übrigen kennt man in Deutschland derlei Verhandlungsverzögerungen nur zu gut. Die erste in der langen Reihe der jährlichen Vertragsstaatenkonferenzen der Klimakonvention fand seinerzeit 1995 in Berlin statt, und deren Vorsitzende war die damalige Umweltministerin Angela Merkel. Doch die hatte ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Eigentlich hätte sie für die Verhandlung einen weiteren Vertragsentwurf vorlegen sollen, doch den hatten ihre Kollegen in den Wirtschafts- und Verkehrsressorts in der Luft zerrissen. Die Verhandlungen wurden dadurch um zwei Jahre verzögert, doch das ist inzwischen Geschichte. Nicht Geschichte ist hingegen der Hang Berliner Ministerinnen und Minister, die Klimaschutzarbeit zu verweigern, wenn Interessen der großen Konzerne, namentlich der Automobilindustrie, tangiert werden.

Quelle: [junge Welt](#)

10. **Das grüne Märchen**

Ampelkoalition will Klimaschutzgesetz faktisch abschaffen. UN-Konferenz in Bonn endet ergebnislos.

Es klingt wie ein Witz, ist aber keiner: Die Ampelkoalition will das 2019 unter Merkel eingeführte Klimaschutzgesetz faktisch abschaffen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf brachte Wirtschaftsminister Robert Habeck am Mittwoch auf den Weg. Bereits nächste Woche soll er das Kabinett passieren. Konkret plant der Grünen-Politiker, die bisherigen Ziele für einzelne Sektoren sowie die daran geknüpften Sofortprogramme abzuschaffen. In Zukunft soll nur noch eine »Jahresemissionsgesamtmenge« ermittelt werden, die von Jahr zu Jahr schrumpfen soll, wie es heißt. Die Reform wird vor allem das Verkehrsministerium von Volker Wissing (FDP) entlasten, das die aktuell noch gesetzlich vorgeschriebene CO₂-Emissionsmenge im vergangenen Jahr deutlich überschritten hat. Zwar haben die Bereiche mit den größten Verfehlungen weiter eine besondere »politische Verantwortung«. Konkreter wird der Gesetzentwurf in diesem Punkt aber nicht. Erwartungsgemäß reagierten die Umweltverbände empört über die angekündigte Reform. (...)

Dass es mit dem Klimaschutz allgemein nicht gut bestellt ist, zeigte am Donnerstag auch der Blick nach Bonn, wo die zehntägigen Vorverhandlungen für die Weltklimakonferenz im November und Dezember dieses Jahres in Dubai ergebnislos zu Ende gingen. Line Niedeggen, die die Konferenz vor Ort beobachtete, kritisierte gegenüber jW, dass einige Länder Wege zur Emissionsreduktion blockierten. Die COP 28 in Dubai werde der finale Schachzug der Industrie, der Welt das Märchen vom grünen Kapitalismus aufzutischen, so die Fridays-for-Future-Sprecherin.

Quelle: [junge Welt](#)

11. **EU-Renaturierungsgesetz verschoben: Green Deal der EU wankt**

Die Wiederherstellung von intakten Ökosystemen ist eine Grundlage der EU-Klimapolitik. Konservative und Populisten blockieren ein wichtiges Gesetz.

Paukenschlag im Europaparlament: Ein wichtiger Pfeiler des „European Green Deal“, das geplante EU-Gesetz zur Renaturierung, hat bei einer Kampfabstimmung am Donnerstag im Umweltausschuss keine Mehrheit gefunden. Deutsche Christdemokraten, Konservative und die ID-Fraktion, zu der auch die AfD gehört, blockierten eine Entscheidung.

Sie konnten 44 Abgeordnete mobilisieren, genauso viele wie die Befürworter. Das reichte nicht, um den Text „in die Tonne zu treten“, sagte der grüne Europaabgeordnete Michael Bloss. Bei einem dreistündigen Abstimmungs-Marathon fand sich jedoch auch keine Mehrheit für den Entwurf. Die Sitzung wurde auf den 27. Juni vertagt.

Die umstrittene Verordnung zur Wiederherstellung der Natur gilt als Kernstück des sogenannten Green Deal, mit dem die EU bis 2050 klimaneutral werden will. Sie sieht vor, dass bis 2030 geschädigte Ökosysteme auf 20 Prozent der Fläche der EU

„wiederhergestellt“ werden müssen. Bis 2050 müssen alle Ökosysteme in Europa wieder in einem gesunden, „natürlichen“ Zustand sein.

Die Konservativen und Rechten hatten gefordert, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Sie behaupten, er schade den Bauern und gefährde die Lebensmittelversorgung. Demgegenüber haben sich Grüne, Sozialdemokraten, Liberale und Linke für das Gesetz ausgesprochen. Sogar große Konzerne wie Nestlé oder IKEA warben für den Entwurf.

Quelle: [Eric Bonse in der taz](#)

12. **So stolz**

Philipp Amthor fordert mehr Nationalgefühl. Über den Patriotismus und seine Brauchbarkeit in Friedens- wie Kriegszeiten.

Kriegszeiten sind Zeiten innerer und äußerer Mobilmachung. Zwar befindet sich Deutschland nicht unmittelbar im Krieg - mittelbar aber zieht es aus dem Ukraine-Krieg Konsequenzen, die eine grundlegende Reform der Nation, ihrer militärischen Durchsetzungskraft und ihrer geistigen und moralischen Verfassung auf die Agenda setzen (Stichwort: »Zeitenwende«). Der deutsche Vollblut- und Vorzeigepolitiker Philipp Amthor (CDU) hat dementsprechend die Zeichen der Zeit erkannt und im Namen der CDU/CSU-Fraktion Ende Mai einen Antrag in den Bundestag eingebracht, um einen erneuerten Patriotismus zu fordern und zu fördern.

Quelle: [junge Welt](#)

13. **Die Glotze bleibt aus - Warum die Deutschen das Vertrauen in ihre Medien verlieren**

Eine Studie zum Nachrichteninteresse der Deutschen stellt dem deutschen Journalismus ein Armutszeugnis aus. Er verliert weiter an Vertrauen. Mit seiner Einseitigkeit und der Preisgabe journalistischer Standards hat sich der Mainstream ins Aus manövriert. Man will es nicht mehr lesen.

Die Tagesschau berichtet über eine Studie des Reuters Institute zur Nachrichtennutzung der Deutschen. Das Ergebnis der Studie: Das Vertrauen der Deutschen in den deutschen Journalismus ist breit eingebrochen und befindet sich auf dem niedrigsten bisher ermittelten Niveau.

Die Tagesschau nennt das "Nachrichtenmüdigkeit" und markiert mit dieser irreführenden Headline gleich eins der zentralen Probleme des deutschen Mainstreams: Man schreibt sich die Welt schön, macht sie zur Ideologie passend und weicht den Fakten aus. Der deutsche Mainstream hat sich sowohl vor der Welt als auch vor den Anforderungen der Nachrichtenkonsumenten an ihn gut verschanzt. Man schreibt und produziert eigentlich nur noch für sich und die Kollegen, bestätigt sich gegenseitig, die einzig korrekte Sicht auf die Dinge zu haben, und verschanzt sich in einem journalistischen Elfenbeinturm, in dem vor lauter Selbstzentriertheit alles

Mögliche produziert wird, nur eben kein Journalismus. Die Entwicklung ist eigentlich dramatisch, die Tagesschau reagiert darauf mit Selbstlob. Man genieße unter all den anderen Angeboten immer noch das höchste Vertrauen, schreibt sie. Näher an den Fakten wäre es zu sagen, das Vertrauen ist für alle deutschen Nachrichtenangebote nahezu gleichmäßig erodiert.

Quelle: [Gert Ewen Ungar auf RT DE](#)

14. **Veranstaltungshinweis: Kamingsgespräch**

Der Wirtschaftsclub WCR e.V. lädt am 21. Juni in Berlin zu seinem neuen Format, dem WCR-KAMINGESPRÄCH mit Dr. Alexander Neu!

Unser Gast ist GREGOR GYSI

**MUSS SICH EUROPA ZWISCHEN EURASIEN UND DEN USA ALS
HANDELSPARTNER ENTSCHEIDEN?**

Dr. Alexander Neu, Publizist, ehem. MdB sowie Sonderbeauftragter des WCR e.V. befragt Gregor Gysi zu den rasanten globalpolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, insbesondere mit Blick auf den eurasischen Kontinent.

Wie erfolgreich sind die Sanktions- und Isolationsmaßnahmen des Westens gegen Russland? Warum folgt der Globale Süden den westlichen Maßnahmen nicht? Welche wirtschaftlichen Gefahren drohen bei einer Eskalation mit China, aber auch mit Indien, die sich den westlichen Sanktionsforderungen widersetzen?

Nach dem schwierigen Jahr 2022 geht der vor über 13 Jahren von Vorstandsvorsitzender Dr. Karin von Bismarck gegründete Wirtschaftsclub mit neuer Kraft in die Zukunft. WCR steht nun für West-Ost Communication & Relations. Das WCR-Netzwerk hat sich um den eurasischen Wirtschaftsraum erweitert in Richtung Osten.

Der WCR e.V. bildet eine Plattform nach Osten und bleibt so seiner Mission treu verbunden. Auch die Werte des WCR e.V., nämlich Vertrauen - Verantwortung - Respekt sind aktueller den je. Unsere Mission: Wir verbinden Menschen und Kulturen. Dialog fördert Vertrauen. Brücken bauen.

18:30 Uhr Champagner Empfang und Häppchen. Danach dinieren Sie mit Gregor Gysi. Dinner und Champagner Empfang sind im Ticket inkludiert für Nichtmitglieder 49€ und Mitglieder 19€

Adresse:

Logenhaus
Peter-Lenné-Straße 1+3
14195 Berlin-Dahlem

[Anmeldung über diese Website.](#)